

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

August 1925

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 29)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebene Preise. Zahlung bis 5. Bezugsweise 20. jeden Monats.

Zum Kampf gerüstet!

Am 30. August tagt die Zentralaussschussung der KAPD. Nicht zu schönen Reden mit illusionären Parolen, sondern als Wegweiser und Wegbereiter zu Taten der proletarischen Revolution tritt dieser Zentralaussschuss der KAPD. zusammen.

Mit dieser Taktik tritt an die Stelle des Programms der proletarischen Revolution das Programm der reformistischen Verbesserung innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung. Die Durchführung der Revolution wird aus dem Aufgabenkreis dieser Organisation verbannt.

proletarische Massenbewegungen erschüttern den Bestand der Gesellschaft. Das Kapital hat jedoch alles Interesse, dieselben in gewerkschaftliche, gesetzliche Bahnen zu zwingen.

Während alle übrigen kleineren proletarischen Organisationen und anarchistischen Sekten den revolutionären Marxismus ablehnen oder aus Unklarheiten und Halbheiten ein aktionsunfähiges Programm entwickeln und in diesem Sumpf untergehen, ist es Aufgabe der KAPD., das Banner des unverfälschten Klassenkampfes wieder aufzurichten. Sie darf nicht wie diese als Sekte in sich verkümmern, sondern muß in dem Klassenkampf den Massen als Vortrupp vorangehen.

All diese Tatsachen und Erscheinungen, die weitere Zuspitzung der Klassenverhältnisse, sind die Fragen der Zentralaussschussung. Die Aufgaben der KAP. als Organisation des revolutionären Klassenkampfes sind nicht Fragen der Zukunft, sondern sie müssen in den hereinbrechenden Verhältnissen ihre Verwirklichung finden. Wenn Hunderttausende von Proletariaten das Opfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik werden, wenn man reformistische Forderungen mit politischen Aktionen, mit Massenaussperrungen beantwortet, dann ist die Fortführung der Revolution die wichtigste Aufgabe einer revolutionären Klassenkampforganisation. Die Aufgabe der KAP. ist es nicht, die Revolution auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, sondern aus der gegebenen politischen Situation den Boden für den revolutionären Entscheidungskampf zu schaffen.

Der Gradmesser der kapitalistischen Entwicklung ist nicht das Proletariat, das den weltpolitischen Ereignissen interessenslos gegenübersteht, oder ihnen neue Illusionen entgegenstellt, sondern die tatsächlichen Erscheinungen der Weltkrise. Die proletarische Revolution jedoch wird bestimmt durch den Grad des revolutionären Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Und wenn die Revolution auf der Weltbühne zurückgetreten ist, so zeigt das, daß die revolutionäre Erkenntnis des Proletariats mit der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus nicht Schritt gehalten hat, und beweist andererseits den konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften und der parlamentarischen Parteien. Während die kapitalistische Reaktion zur Offensive übergeht, erziehen sie das Proletariat durch die reformistische Taktik zur Passivität.

Eine große ideologische und organisatorische Umwälzung gilt es im Proletariat zu vollziehen. Der steigenden Ausbeutung, den Zoll- und Steuergesetzen, den Aussperrungen und der politischen Reaktion stellt die Arbeiterklasse gewerkschaftliche und parlamentarische Organisationen gegenüber. Im Banne der reformistischen Organisationen hat sie nicht begriffen, daß die gesamten Erscheinungen der Ausbeutung und Unterdrückung nur mit dem Sturz dieses Ausbeutungssystems zu beseitigen sind, denn sie sind dessen zwangsläufiger Ausfluß.

Die Aufgabe der KAP. ist es, den reaktionären Einfluß der reformistischen Organisationen auf die proletarische Klasse zu brechen. Die ideologische und organisatorische Umwälzung im Interesse der geschichtlichen notwendigen Revolution zu fördern. Das Tempo der Entwicklung und die Stärke der revolutionären Tat des Proletariats hängt nicht zuletzt auch von der Aktivität der KAP. ab. Während auf der einen Seite der Einfluß der reformistischen Parteien zerstört werden soll, muß auf der anderen die politische Initiative im Proletariat geschaffen werden. Das geschieht nur, wenn eine Organisation vorhanden ist, die nicht als Sekte verkümmert, sondern die sich bei der Arbeiterklasse ideologischen und organisatorischen Einfluß verschafft. Das hängt nicht unbedingt von der numerischen Stärke derselben ab, wenn auch der allgemeine Einfluß eine nationale und internationale weit genug ausgedehnte Organisation bedingt. Die Grundbedingung der KAP. soll nicht Massenorganisation sein. Sie soll vielmehr eine Bewegung der politischen Initiative verkörpern, die ideologisch erklärt und festgelegt und organisatorisch durchgebildet an der Spitze der ausbrechenden Kämpfe dem Proletariat ein wirklicher Wegweiser ist. Eine Hauptbedingung für die Schlagkraftigkeit der revolutionären Kämpfe ist, daß sie einen einheitlich organisierten Charakter tragen. Es darf sich für die KAP. nicht darum handeln, die Revolution als einen unwillkürlichen Ausfluß aus der kapitalistischen Zersetzung zu betrachten. Der KAP. und der AAU. als revolutionäre Betriebsorganisation fällt vielmehr die Aufgabe zu, die Kämpfe willkürlich zu organisieren, sie nach den Grundsätzen der Revolution im Sinne des Kommunismus zu leiten.

Die KAP. fällt eine große Aufgabe zu, nämlich, die Arbeiterklasse von der Notwendigkeit der Revolution zu überzeugen, sie für diese Aufgabe als Klasse reif zu machen. Das Ende des Kapitalismus wird nicht dadurch bewirkt, daß derselbe, durch die Krise vollkommen aufgelaufen, eines Tages zu Gunsten der proletarischen Klasse abhandelt, auch nicht, wenn 90 v. H. aller Kapitalisten den Bankrott ansagen müssen. Ihr Absterben geschieht nur zu Gunsten der Ueberlebenden. Unsinzig ist es, auf einen bestimmten Tag der kapitalistischen Endkrise zu warten. Das Steigen des Barometers der proletarischen Revolution hängt von der Selbstbewußtseinsentwicklung der Arbeiterklasse und ihrem praktischen Handeln ab. Sie bedingt das Ende des Kapitalismus.

Die Aufgabe der KAP. ist es, den reaktionären Einfluß der reformistischen Organisationen auf die proletarische Klasse zu brechen. Die ideologische und organisatorische Umwälzung im Interesse der geschichtlichen notwendigen Revolution zu fördern. Das Tempo der Entwicklung und die Stärke der revolutionären Tat des Proletariats hängt nicht zuletzt auch von der Aktivität der KAP. ab. Während auf der einen Seite der Einfluß der reformistischen Parteien zerstört werden soll, muß auf der anderen die politische Initiative im Proletariat geschaffen werden. Das geschieht nur, wenn eine Organisation vorhanden ist, die nicht als Sekte verkümmert, sondern die sich bei der Arbeiterklasse ideologischen und organisatorischen Einfluß verschafft. Das hängt nicht unbedingt von der numerischen Stärke derselben ab, wenn auch der allgemeine Einfluß eine nationale und internationale weit genug ausgedehnte Organisation bedingt. Die Grundbedingung der KAP. soll nicht Massenorganisation sein. Sie soll vielmehr eine Bewegung der politischen Initiative verkörpern, die ideologisch erklärt und festgelegt und organisatorisch durchgebildet an der Spitze der ausbrechenden Kämpfe dem Proletariat ein wirklicher Wegweiser ist. Eine Hauptbedingung für die Schlagkraftigkeit der revolutionären Kämpfe ist, daß sie einen einheitlich organisierten Charakter tragen. Es darf sich für die KAP. nicht darum handeln, die Revolution als einen unwillkürlichen Ausfluß aus der kapitalistischen Zersetzung zu betrachten. Der KAP. und der AAU. als revolutionäre Betriebsorganisation fällt vielmehr die Aufgabe zu, die Kämpfe willkürlich zu organisieren, sie nach den Grundsätzen der Revolution im Sinne des Kommunismus zu leiten.

Die Geschichte mit ihrer harten Dialektik ist der Wegweiser für die Taktik der KAPD. In diesem Sinne wird auch die Zentralaussschussung zu entscheiden haben. Die Erfahrungen aus der Praxis der Parteibewegung sind streng zu untersuchen und für die kommenden Aufgaben zu werten, um Erfolge des Klassenkampfes zu erzielen. Bei allem Tun der KAP. steht ihr immer wieder das Programm des revolutionären Klassenkampfes vor Augen. Dieses Programm, daß sie seit Anfang ihres Bestehens in dem Auf und Nieder der Entwicklung stets hochgehalten hat, ganz gleich, ob die Reaktion große Lücken in ihre Reihen riß oder ob weniger feste Teile von ihr absprangen. Es rückt die KAP. in ein ganz besonderes Verhältnis zur Arbeiterklasse.

Die Krise, die die Profitwirtschaft im Augenblick durchläuft, drängt sie zum schärfsten Vorgehen gegen die Arbeiterklasse. Das wirtschaftspolitische Bestreben der Kapitalisten auf dem Weltmarkt führt zu neuen großimperialistischen Kriegen. Der Imperialismus ist gezwungen, den Konkurrenzkampf um die Weltmacht durch den Krieg zu entscheiden. Die entflammten Kolonialkriege sind der Anfang dieses Ringens. Das gesamte Proletariat soll wieder Werkzeug des Imperialismus sein.

Die SPD. mit ihrem kleinbürgerlich-demokratischen Programm wurde durch die Koalition mit der bürgerlichen Demokratie zum Stadthalter der kapitalistischen Republik, zum Beschützer der Reaktion. Die KPD., als Sektion der Moskauer Internationale, ist ein Instrument der russischen Staatspolitik. Diese Politik, vor einem Extrem ins andere Extrem fallend, treibt im Interesse der russischen Wirtschaft ganz im Sumpf des Parlamentarismus.

Unter diesem Gesichtswinkel ist die Zentralaussschussung dazu bestimmt, der KAP. wieder ein aktionsfähiges Gesicht zu geben. Es ist notwendig, anläßlich der sich zuspitzenden revolutionären Situation, die Organisation im Inlande, wie auch international, wieder zu festigen. Die hereinbrechenden weltpolitischen Ereignisse erfordern eine nationale und internationale revolutionäre Klassenkampforganisation.

Beide Organisationen, SPD. und KPD., die zwar durch opportunistische Manöver große Massen hinter sich gefesselt haben, sind von der revolutionären Linie des proletarischen Befreiungskampfes abgerückt. Ihr Programm fußt auf parlamentarischen Illusionen. Das Verhältnis dieser Parteien zu den proletarischen Massen kommt in ihrem gemeinsamen Interesse an der reformistischen Gewerkschaften klar zum Ausdruck. Ueber dem reformistischen Gewerkschaftsprogramm ist der politische Einheitsrummel schon eingeleitet.

Die Revolution ist nicht tot. Es fehlt nur, ihr ein neues Banner aufzurichten und Weg und Ziel klar und scharf aufzuzeigen. Die Revolution muß organisiert werden.

Gewerkschaftliches Arbeitslosenversicherung u. Gewerkschaften

Die „Fürsorge“ für die Arbeitslosen in Deutschland hat der Staat übernommen. Die „Arbeitslosenversicherung“ ist ein durch Verordnung geschaffenes staatliches Institut. Ebenfalls durch Verordnung ist festgesetzt, daß die Mittel dafür durch Arbeiter, Unternehmer und Reich aufgebracht werden. Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ und die Gewerkschaften erstreben eine Arbeitslosenversicherung nach dem Prinzip der Alters- und Invaliditätsversicherung. Arbeiter und Unternehmer sind zu gleichen Teilen die Kosten aufzubringen, und die Verwaltungen übernehmen. Die Versicherten sollen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. Der Arbeitsnachweis soll das Organ der Arbeitslosenversicherung sein. Ein kürzlich stattgefundener Kongreß der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der von Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands und der Spitzengewerkschaften besucht war, erklärte sich mit diesen Richtlinien einmütig einverstanden. Ein entsprechender Antrag an die Reichsregierung zur Schaffung eines Gesetzes wurde im Reichstag von allen Parteien unterstützt.

Die Arbeitslosenversicherung soll zweierlei bezwecken. Die industrielle Reservearmee erhalten und, was wichtiger ist, die Wirtschaft vor „Erschütterungen zu bewahren“. Das Krachen im Gehäke des Kapitalismus hat die Herrschaften aufgeschreckt, die nicht direkt kapitalistische Ausbeuter sind, aber von Erträge der proletarischen Arbeit leben. Die ADGB, mit seinen 15 Millionen Mitgliedern, hat sich in seiner Morgenausgabe vom 18. August im Letztartikel mit dieser Frage befaßt, hat sehr richtig erkannt, worum es geht. Es schreibt:

„Die Wirtschaft bedarf einer ständigen Reserve von Arbeitslosen, um bei steigender Konjunktur und bei Erschließung neuer Wirtschaftsgebiete den Arbeiterbedarf zu decken. Wenn jeder Arbeiter Beschäftigung hätte, wenn es keine Arbeitslosen gäbe, wäre das wohl für den Arbeiter ein idealer Zustand, für die Wirtschaft aber unerträglich.“

Der Verfasser des Artikels des „B.T.“, ein Geh. Reg.-Rat Dr. Richard Freund, der Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, der in dieser Bewegung und auf dem angezeigten Kongreß die führende Rolle spielte, erklärt ausdrücklich, daß sich die Vertreter der ADGB, mit seinen 15 Millionen Mitgliedern, einverstanden erklärt, wie mit den Richtlinien insgesamt einverstanden erklärten. Dr. Freund führt dann noch die Schlussworte des Referenten des ADGB. an:

„Das Arbeitslosenproblem ist das Problem unserer Wirtschaft. Mehr als einmal ist die Frage nach dem Schicksal der Arbeitslosen die Frage nach dem Schicksal der Gesellschaft selbst gewesen. Auch das Schicksal der Arbeiter im alten Rom wurde das Schicksal des Römischen Reichs.“

Möge Deutschland rechtzeitig vorbauen! Das ist die schlotternde Angst vor der Revolution! Gewerkschaftsbeamte und Regierungsräte wissen sehr wohl was auf dem Spiele steht. Es droht sich für sie am die Erhaltung der Lohnsklaverei. Man muß die Sklaven hungrig halten, daß sie willig sind, man darf sie aber nicht alle zu viel hungern lassen, daß sie rebellieren und der Demokratischen Republik das Schicksal des alten Roms bereiten.

Die Arbeitslosenversicherung und die Arbeitsnachweise in gemeinsamer Verwaltung der Kapitalisten und der Gewerkschaften! Ein schönes Planchen die Gewerkschaften: ein großes schwarzenotendes Parasitenheer durch die Beiträge der Arbeiter, auch der Nicht-Gewerkschaftsmitglieder ernährt, zu einer direkten staatlichen Einrichtung zu machen. Wer gegen den Stachel lökt, wird ausgeschlossen von der Unterstützung wie von der Arbeitsvermittlung. Die Zahl der Arbeitenden und Unterstützten wird immer stark genug sein, die Hungersnot in Schach zu halten. Das ist der Sinn der Übung. Mögen die revolutionären Proletarier dies rechtzeitig erkennen, um den beiden Kampagnen ihr verdientes Ende zu bereiten.

Echt gewerkschaftlich. In dem Arbeitszeitstreit der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie, der um den Achtstundentag geführt wurde, erklärten in dem Schlichtungsverhandlungen am 20. August die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie die Kündigung des Arbeitszeitabkommens zurückzogen. Infolgedessen ist die Fällung eines Schiedspruches überflüssig geworden. Besser konnten sie es den Unternehmern wahrhaftig nicht machen.

Die Gewerkschaften bestimmen. In Warschau veranstalteten die streikenden Metallarbeiter große Demonstrationen. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Rücksichtslos und brutal gien die Gewerkschaften bestimmen den Grad der proletarischen Aktionen. In einer Versammlung der Streikenden forderten dieselben den Rücktritt der gewerkschaftlich und sozialdemokratischen Streikleitung und Einsetzung einer gemischten Kommission. Die Gewerkschaftsführer lehnten diese Forderungen ab und erklärten die Versammlung für geschlossen. Forderungen kann man von den Gewerkschaften den Himmel erkären! In tausend Regenbogenfarben. — ohne Erfüllung. Die derungen und Wünsche des Proletariats werden nur erfüllt, wenn es diese Organisationen zerschlät und sich mit solidarischer Klassenfront diese Wünsche selbst mit Kampf erfüllt.

Mitteilungen

- GROSS-BERLIN. 2. Unterbezirk (Moabit). Freitag, den 28. August, abends 7,30 Uhr im Lokal Oelschläger, Berlichingstraße 5, Versammlung. — Vortrag über das Thema: Gestalt der Naturgesetze. — Sympathisierendes warmes Zutritt. 7. Bezirk. Zeitungsausgabe bei Sinsch, Wallstraße 88, Sill. 1. Tr., von 6-8 Uhr; dortselbst werden auch Bücherbestellungen angenommen, soweit sie nicht vorrätig sind. 16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 28. August, abends 8 Uhr, im Lokal Rudowser Straße 21, Mitglieder-Versammlung. Die Genossen müssen vollständig erscheinen. 19. und 20. Unterbezirk beteiligt sich am 28. August an der Versammlung in den Pharusallen.

Genossen! Naltet Euro Sammlt für den Presefond!

weist das englische Gesamtwirtschaftsbild, insbesondere das von Kohle und Eisen, das der Rückgang der Kohlenförderung nicht nur durch den Fortschritt der Betriebsstoffwirtschaft erfolgt ist, d. h. auf die Erschließung von Naturkräften zur Elektrizitätserzeugung, Oelförderung und wissenschaftliche Wärme-energieerzeugung. Das englische Kapital ist nur noch in geringem Maße zur Akkumulation und zur Reproduktion der Produktionsmittel fähig. Das Arbeitslosener England vermindert sich nicht mehr; es hat mehr als seinen Anteil an der Kriegskontribution aus Deutschland gekostet.

Das Wirtschaftsbild Europas ist überall dasselbe. Die Krise verschicht sich wohl hier und da in einzelnen Wirtschaftszweigen aus dem einen Staat in den andern. Seit Jahr und Tag aber ist ein Abflauen der Produktion im europäischen Durchschnitt wahrzunehmen. Infolge Verschuldung aller europäischen Kapitalisten am amerikanischen Proletariat nach mehr der Arbeitsertrag des europäischen Proletariats nach Amerika fließen. Oder aber Amerika wird, wenn sich sein Europa investiertes Kapital nicht mehr verzinst, die Krise einsteilen und die schon hergekommenen Kapitalien zurückbekommen versuchen. Europa ist in der Zwickmühle, auf der einen Seite ist die hochentwickelte amerikanische Technik auf der anderen die jungmoderne Industrie der Kolonien mit ihrer genigensamen produktiven, seine abgenutzten Rohstofflager sind teuer im Abbau. Europa wird aufgerieben. Das Proletariat hat nicht mehr die Möglichkeit, seine Lebensbedingungen zu verbessern, die Kapitalisten haben die Lage als Klasse zu heben. Im Gegenteil, der Kapitalismus wird in der Zukunft mehr denn je von der Verelendung der Arbeiterschaft leben.

Hier gilt es, den Hebel des Klassenkampfes anzusetzen. Steigende Not und schwindende Arbeitsmöglichkeit werden das Proletariat künftig mehr als bisher in Kampfstellung drängen. Es gilt die Lehren daraus zu ziehen und über die Lohnkämpfe hinweg den Kampf um die politische Macht und um die Produktionsmittel zu führen.

Vom Sklavenmarkt in der Agrarwirtschaft

Polen wirt Tausende von Optanten als überflüssige Arbeitskräfte im polnischen Wirtschaftsleben über die deutsche Grenze. Sie stehen in Deutschland, ohne hier in den Produktionsprozess einbezogen zu werden. Die deutschen Produktionsstätten, die für die Aufnahme dieser Ausgewiesenen in Frage kommen, der Bergbau und die Textilindustrie, werden selbst täglich neue Massen auf die Straße. Wie steht es mit den Stätten der Agrarwirtschaft. Die Auswanderung der Landarbeiter nach der Stadt ist wegen der miserablen Verhältnisse in der Agrarwirtschaft eine altbekannte Tatsache. Die Großgrundbesitzer spekulierten darum bei Auftauchen der Optantenfrage sich überaus notwendig und billigen Arbeitskräfte. Die Tatsachen, die sich dieser Kapitalistenklasse gezeigt haben, haben sie nun doch eines Besseren belehrt. Die polnische Arbeitskraft ist billiger als die deutsche. Durch die Landlicht werden Arbeitskräfte dringender benötigt. Jedoch müssen sie billig sein, um recht viel Mehrwert in die Säckel der Kapitalisten zu schaffen.

Während in der mitteldeutschen Landwirtschaft 24 Pfennig Stundenlohn bezahlt werden, gewähren die ostelbischen und schlesischen Großgrundbesitzer nur 13 Pfennig. An Stelle der deutschen Arbeiter oder der Optanten treten dann polnische Arbeiter ein, die sich wie die schon früher der Fall war, am billigsten stellen. Die schlesischen Landarbeiter gehen nach Mitteldeutschland, während nach einer Meldung des „B. T.“ an ihre Stelle bereits 13 000 polnische Saisonarbeiter treten sind. Bei der Regierung wurde die Zulassung weiterer dieser billigen Arbeitskräfte beantragt.

Das Kapital fragt nicht danach, wieviele ringsum in seinem Staate keine Arbeit haben, sein Sklavenmarkt ist die ganze Welt. Wo sich in dieser Welt die billigsten Sklaven finden, dort werden sie gekauft, ganz gleich, ob es schwarze, weiße oder gelbe sind.

Ausland

Ueberkapitalisierung und Löhne

Kanada. Unter dieser Aufschrift bringt der „Worker“ (Organ der KPK) einen Artikel, der nach mehreren Seiten bemerkenswert ist. Er zeigt erstens die nach mehreren Seiten bemerkenswerte, permanente Todeskrise, er zeigt die unheilvolle Verschwendung der Weltwirtschaft gerade aus den Betrieben: Profit um jeden Preis herauszuschlagen und drittens die sozialdemokratische Hoffnung der Moskauer, die heutige Wirtschaft wäre noch zu verbessern, wenn unter ehrlicher kommunistischer Führung die Massen der Ausbeuteten ansetzen würden. Die Krise, wie sie etwa bis zum Anfang dieses Jahrhunderts periodisch, wenn auch in ungleichen Zeitaläufen wiederkehrte, hatte ihre wesentliche Ursache in der anarchischen Warenreizeugung. Da eben nicht für den Bedarf, in berechnender Absicht erzeugt wurde, fehlte der sichere Maßstab, Verbrauch und Erzeugung in Einklang zu bringen. Dies wurde noch verschärft durch das Anwachsen des fixen Kapitals, Bindungen von Menschen und Arbeitsmitteln, die bei Fertigstellung von großen Anlagen, Häfen, Kanäle, Eisenbahnen, Arbeitsmarkt, Geld- und Warenmarkt drückten, selbst die Fertigstellung größerer Fabriken, die sich oft ganz veränderten Bedingungen, als bei ihrer in Angriffnahme gegenüber sahen, erschwerten die Uebersichtlichkeit des Marktes und wirkten Krisenverschärfend. Aber die Krise hatte die Aufgabe, den technischen Apparat, sagen wir einmal, auf den Stand einer rationellen Wirtschaft herabzuschrauben. Die Entwicklung der Technik steht nie still, wertigen Betriebe und die hochwertigeren gleich angespannt, wenn auch mit ungleichen Profitten, Gerade wenn die Hochkonjunktur den Höhepunkt überschritten, werden die besten leistungsstärksten Betriebe mit den reichlichen Profitten aber zu teuer aufgeführt. Die Betriebe sind überkapitalisiert, einmal weil zu viele Aktien herausgegeben, zu viele Dividenden-schlucker da sind, das andere Mal, weil einfacher der Apparat zu teuer gekauft ist. Es handelt sich hier auch um den Unterschied von Zins- und Unternehmergewinn. Die Krise wirkt nun die technisch zurückgebliebenen Betriebe aus der Erzeugermasse, und die klugen Börsenmänner gehen daran, die in Schwierigkeit geratenen technisch überlegenen neuzeitlichen Betriebe, die in Zahlungsschwierigkeit geraten, zu sanieren, d. h. sie machen sich gesund, indem sie den Betrieb so billig ramschen, daß der Preis dem Durchschnittsmarktpreis entspricht oder darunter ist und indem überflüssige Kapitalien abgestoßen werden, kleinere Sparer ihr Geld los werden. Aber die heutige Krise ist im Weltmaßstab geworden, nachdem sie verschiedene Plänen durchlaufen hat, über die gelegentlich noch gesprochen werden kann, trotz aller „Gesundungskrisen“, kapitalistisch gesehen eine Krise, hervorgerufen durch die Ueberproduktion aus Produktionsmitteln. Auch die stillstehenden Betriebe sollen mit veräußert werden, darum läuft der ganze Apparat zu teuer. Wie aber die Kapitalisten künstliche Bedürfnisse erzeugen um ihren Schund an den Mann zu bringen, so erschweren sie

auch die Krise, indem sie künstlich überkapitalisierte Betriebe schaffen. „The Worker“ vom 4. Juli 1925 schreibt darüber: „Während des Jahres 1924 hat Angabe des Kanadischen Eisenbahngesellschafts angegeben, daß die kanadischen Eisenbahnen einen Profit von 17 242 251 Dollar, von dem wirklichen Betriebskapital, den wirklichen Ausgaben gehabt, d. h. 5 v. H. Dieser Betrag zusammen mit 54 890 419 Dollar aus öffentlichen Mitteln ist an die privaten Aktienhaber als Dividende gezahlt worden. (Das ist nicht anders zu verstehen, als daß die Regierung eine 5-prozentige Verzinsung der Eisenbahn bei ihrer Gründung garantiert hat. Diese würde nun um ein Vielfaches zu teuer gebaut.) Um die ganzen gesetzlich festgesetzten Dividenden zu bezahlen, mußte die Eisenbahn einen Gewinn von 20 v. H. und mehr des wirklichen Kapitals abwerfen.“

Der gewöhnliche Eisenbahn wird geneigt sein, diese Zahlen mit Gleichgültigkeit zu betrachten, als hätten sie kein unmittelbares Verhältnis zu ihnen. In Wirklichkeit trifft die sehr ungebührliche Menge von unerbeteten Zinsen oder Anteilen jeden Angestellten an seinem empfindlichsten Teile — an der Lohntüte. Solange die Kanadische Eisenbahn unter diesem schweren Burde steht, wird die Leistung unter ständigem öffentlichen Druck gezwungen sein, die Ausgaben möglichst einzuschränken — d. h. hauptsächlich: das Lohnkonto. Das bedeutet, daß in 4-5 Tagen geschliffen werden muß, was eigentlich ein Sechstagewerk sein sollte.

Es bedeutet einen ständigen Ansporn zur Lohnreduktion und macht jede Anstrengung fruchtlos, einen Mindestlohn festzusetzen, der einen anständigen Lebensstandard erlaubt. Dies ist im Berichtsjahre um 14 000 000 Dollar gekürzt worden, davon allein 8 000 000 Dollar vom Lohnkonto. Mit anderen Worten: die 17 000 000 Überschüsse sind zum größten Teil geradezu aus der Lohntüte des Arbeiters entnommen.

Jedes Jahr, wenn der Eisenbahnminister einen Antrag einbringt, aus Staatsmitteln die Differenz zwischen dem wirklich gemachten Ueberschuß und dem ganzen Anspruch der Besitzer der Eisenbahnmaktien zu zahlen, gibt es einen allgemeinen Aufschrei. Die schlechte Leistung und die faulen Arbeiter haben natürlich die Schuld. Man überseht die Tatsache, daß die nationalen Eisenbahnen in ihrem Profit sehr vorteilhaft gegen die Majorität der anderen Industrieunternehmen abschneiden. Sie sehen auch nicht, daß die nationalen Eisenbahnen einen Ueberschuß abwerfen, den sie nicht abwerfen müßten, wenn sie die ganzen garantierten Dividenden zahlen sollten. Dies ist unmöglich, angesichts der „politischen“ Abteilungen der Eisenbahnen und der Konkurrenz, welche diese gegen die Motorwagen und sonstigen technisch höher stehende Privatbetriebe im Frachtdienst zu bestehen haben.

Die Verantwortlichkeit für diese Ueberkapitalisierung fällt auf jene Steuerzahler, welche für Politiker stimmten, die diese Bedingungen geschaffen haben. Die einzige Möglichkeit, diese Last loszuwerden, würde darin liegen, den Wert der Eisenbahnen auf einen Betrag herabzuschreiben, den sie wirklich haben auf einen Betrag, den die Steuerzahler nicht entlasten würde, würde es doch die Betriebsleistung und die Arbeiter von einer unzureichenden Kritik entlasten und ihnen eine größere Aussicht auf Erfolg geben. Dies würde auch letzten Endes der gesamten Bevölkerung zugute kommen.“ Wir wissen aus dem Buche Henry Fords, soweit wir es nicht sonst schon sahen, wie gerade die Eisenbahnen mit unproduktiven Ausgaben überlastet sind. Unnützes Aufsichtspersonal und unnütze, zeitraubende Vorschriften. Diese Ueberkapitalisierung ist eine Sache, die beim Kapital Privatbetrieb — Staatsbetrieb oder Kommunismus nicht zu vergessen ist. Mangel an Kapital und künstliche Aufsichtswesen sind beides der Ausfluß dessen, daß dem akkumulierten Kapital, daß dem produzierenden Produktionsmittel, zahlungsfähige Käufer fehlen, daß die neu zu erschließenden Märkte zu klein sind, während die alten verschlindern. Trotzdem ist diese Todeskrise keine mechanische, sie ist ein Prozeß, handhelt Menschen; wenn das Proletariat alle Schritte unternimmt, die Weltwirtschaft auf sich nehmen will, wenn es nicht aufsteht, seinem Peiniger den Genickack zu geben, wird der Kapitalismus noch manche Atempause erleben. Keine Maskeradezüge nach dem Heiligengeist- oder Tempelofsener Platz, keine Ratschläge an die Regierung: nur die entschlossene Tat wird hier helfen.

Zollautonomie in China.

China ist gezwungen, sich im Interesse seiner eigenen Wirtschaft der Schutzkonkurrenz der großkapitalistischen Weltmächte zu erwehren. Es hat seine Zollautonomie reformiert, die von englischen und japanischen Kapital mit allen Mitteln unterdrückt wird. Die Kolonialpolitik ist jedoch an den Grenzen einer ungehinderten Entfaltung. Der Kolonialkrieg gegen primitive Völker und Kontinente zur ungehinderten Ausbeutung derselben, ist in den entscheidenden Momenten der Weltwirtschaft umgewandelt. Der Kampf um die Zollautonomie Chinas ist durch einen Hafen-Boycott verschärft worden.

- 1. Dampfer jeder Nationalität, englische und japanische ausgenommen, haben das Recht, jeden Hafen anzulufen, mit Ausnahme Hongkong.
- 2. Sofort nach Einlaufen in den Hafen werden die Dampfer durch Kommissionäre des „Antimperialistischen Verbandes“ einer Durchsuchung unterzogen.
- 3. Die Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Innern des Landes ist verboten.

Der britische Generalkonsul soll bei der chinesischen Regierung angefragt haben, ob dies offiziell sei. Sie bedeutete eine Verletzung der britisch-japanischen Vertragsrechte. Die britische Regierung wird die Gesamtlage einer Prüfung unterziehen.

Der Boykott kostet Hongkong einen Handelsverlust von täglich 200 000 Pfund Sterling. Viele ausländische Firmen müssen Entlassungen vornehmen.

Der Kampf in China wird somit von neuem auf die Spitze getrieben.

24-stündiger Generalstreik in Marseille.

Auf den Streik der Bankbeamten, der sich schon über Wochen ausdehnt, haben die Gewerkschaften einen 24-stündigen allgemeinen Streik ausgerufen. Die Beamten stürmten einige Banken, in denen Streikbruch geübt wurde. Sämtliche Betriebe standen anläßlich der allgemeinen Arbeitsruhe still. Alle Verkehrsmittel fielen und es gab Bänder der Demonstrationen bewegten sich durch die Stadt. Zu ungesetzlichen Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Er mordung des Finanzkommissars in Kanton.

In Kanton ist nach verschiedenen offiziellen Meldungen ein bedeutender Räumungskampfer ermordet. Es handelt sich um Liu Chang-kai, den Finanzkommissar von Kanton, der sich vom Vorsitzenden der Kommunisten-Partei und galt derselbe war Vorsitzender der Kommunisten-Partei und galt als einer der tätigen Protagonisten der Kämpfe in China und als Führer der chinesischen Kommunisten.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Scherz-Debus, Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenhardt, Berlin O 17, Langensiel-Str.